



## Einordnung der Deutschen Umwelthilfe zu aktuellen Entwicklungen zur Umsetzung der EU-Einwegkunststoffrichtlinie

### Die geplante Anerkennung von Materialien aus chemischem Recycling in Einweg-Plastikflaschen befördert Greenwashing und muss dringend unterbunden werden:

Nach dem Beschluss der EU-Einwegkunststoffrichtlinie im Jahr 2019 werden aktuell wichtige Details im Rahmen von Durchführungsgesetzen verhandelt. Dies betrifft auch die Berechnungsmethode für die Vorgaben zum Rezyklatgehalt von Einweg-Kunststoffflaschen für Getränke. Nach der EU-Einwegkunststoffrichtlinie müssen ab 2030 alle Einweg-Kunststoffgetränkeflaschen mindestens 30 Prozent Recyclingmaterial enthalten. Statt jedoch zur Erfüllung dieses Ziels etablierte mechanische Recyclingverfahren zu fördern, sollen nun chemische Recyclingverfahren, wie die Pyrolyse oder Vergasung einbezogen werden. Diese Verfahren sind jedoch im Vergleich zum mechanischen Recycling mit hohen Umweltrisiken und großen Materialverlusten verbunden. So besteht beispielsweise die Gefahr, dass mit aktuell angedachten Berechnungsmodellen zu Gunsten des unökologischen chemischen Recyclings Getränkekunststoffflaschen aus reinem Neumaterial in Zukunft „zu 100% aus Recycling-Plastik“ beworben werden könnten. Die Anerkennung von chemischem Recycling würde aus Sicht der DUH Fortschritte durch die Einwegkunststoffrichtlinie aushebeln und Greenwashing befördern.

Barbara Metz, Bundesgeschäftsführerin der DUH: *„Dass Einweg-Getränkeflaschen aus Kunststoff europaweit mindestens 30 Prozent Recyclingmaterial enthalten müssen, ist ein richtiger Schritt, um deren Umweltauswirkungen zu verringern. Nun droht jedoch diese wichtige Regelung durch die Einbeziehung des umweltschädlichen chemischen Recyclings komplett ins Leere zu laufen. In Deutschland werden seit vielen Jahren Einwegpfandflaschen über ein Pfandsystem zu 98,5 Prozent für ein werkstoffliches Recycling gesammelt, woraus neue Kunststoffflaschen hergestellt werden können. Mit einem solchen Pfandmodell in Kombination mit mechanischen Recyclingverfahren könnten europaweit die neuen gesetzlichen Recyclingvorgaben für Getränkekunststoffflaschen problemlos erfüllt werden. Deshalb sind chemische Recyclingtechniken gar nicht notwendig, auch weil sie viel mehr Energie verbrauchen, nur eine minimale Stoffausbeute von wenigen Prozent aufweisen und giftige Nebenprodukte erzeugen. Es ist ein Skandal, dass ausgerechnet die grüne Umweltministerin Steffi Lemke die Anerkennung chemischer Recyclingtechniken beim Rezyklateinsatz in Europa unterstützt anstatt dies zu verhindern.“*

Thomas Fischer, DUH-Leiter Kreislaufwirtschaft: *„Im Gegensatz zu klassischen werkstofflichen Recyclingverfahren haben chemische Verfahren wie die Pyrolyse und die Vergasung sehr hohe Materialverluste und benötigen extrem viel Energie. Eine Anerkennung des chemischen Recyclings für die Erfüllung von Rezyklatzielen muss daher unbedingt verhindert werden. Auch dürfen sich keinesfalls Methoden wie etwa das Massenbilanzverfahren etablieren, mit denen chemische Recycler ihre Produkte in Zukunft durch Rechenricks grünwaschen und chemisch recycelte Stoffanteile in Verpackungen oder Produkten theoretisch hin und herschieben können. Dies wäre eine ungerechtfertigte Benachteiligung werkstofflicher Recycler, die transparent kommunizieren und umweltfreundlichere Prozesse nutzen. Wo Recyclingmaterial drauf steht muss auch tatsächlich Recyclingmaterial drin sein, sonst wird Betrügereien Tür und Tor geöffnet.“*



## **Offener Brief von 27 Umweltorganisationen und Forderung an Steffi Lemke:**

Die DUH kritisiert, dass die Erarbeitung von Regeln zum Einsatz von Recyclingmaterialien in Einweg-Plastikflaschen in einer technischen EU-Arbeitsgruppe ohne Beteiligung von Umweltverbänden abläuft. In einem offenen Brief an die EU-Kommission stellt die DUH gemeinsam mit 27 Umweltorganisationen dar, warum die aktuell geplanten Berechnungsmethoden zum Einsatz von Recyclingmaterial Greenwashing befördern und die Glaubwürdigkeit der Recyclingwirtschaft gefährden. Den vollständigen offenen Brief finden Sie ebenfalls im Anhang.

Umweltministerin Steffi Lemke muss aus Sicht der DUH dringend das Greenwashing durch chemisches Recycling unterbinden. Hierfür dürfen für die Einhaltung der Rezyklateinsatzziele ausschließlich mechanische Verfahren zur Quotenerfüllung zugelassen werden.